

GLOBALE UND REGIONALE ORDNUNG

ZEIT FÜR EINEN POST-CORONA- SOZIALVERTRAG!

Henrik Maihack und Manfred Öhm
Juli 2020



Die durch die Coronakrise beschleunigte Krise des Multilateralismus und eine zunehmende De-Globalisierung verschieben wirtschaftspolitische Strategien und Perspektiven. Viele Länder auf dem afrikanischen Kontinent sind davon besonders negativ betroffen.



Benötigt werden daher politische und wirtschaftliche Impulse für die Verbindung von regionaler Wertschöpfung mit einer sozial-ökologischen Transformation in Afrika sowie für eine Stärkung des dafür notwendigen Multilateralismus im Rahmen eines Post-Corona-Sozialvertrages.



Dessen Operationalisierung wäre Aufgabe für die laufenden regionalen Aushandlungsprozesse zwischen der EU und der AU.

Inhalt

Welche Entwicklungsperspektive findet Afrika in der Post-Corona-Welt?	2
De-Globalisierung: ein Entwicklungsmodell kommt an sein Ende	2
Multilateralismus: neue Allianzen in der Krise?	4
Der Post-Corona-Sozialvertrag: ein normatives Gerüst internationaler Solidarität	5
Afrika – Europa – eine regionale Partnerschaft als Initialmoment?	7

WELCHE ENTWICKLUNGSPERSPEKTIVE FINDET AFRIKA IN DER POST-CORONA-WELT?

Die wirtschaftlichen und sozialen Konsequenzen der COVID-19-Pandemie erfordern eine globale Antwort. Während einige Länder im globalen Norden mit Konjunkturpaketen und pragmatischer Sozialpolitik die Auswirkungen der Krise bekämpfen, fehlen in vielen Ländern des globalen Südens die hierfür notwendigen Ressourcen. Überdies fällt die Pandemie in eine Krisenphase des Multilateralismus, gekennzeichnet durch einen zunehmenden Vertrauensschwund in internationale Regelwerke und Organisationen, wodurch eine notwendige globale Antwort erschwert wird. Zum diesjährigen 75. Geburtstag der Vereinten Nationen (VN) sprach VN-Generalsekretär António Guterres zunächst von einer zunehmend chaotischen Welt. Am 18.7.2020 forderte Guterres dann einen neuen globalen Sozialvertrag, der Ungleichheit auf mehreren Ebenen reduzieren und Verwirklichungschancen stärken müsse. Die Umsetzung eines solchen Sozialvertrages angesichts eines immer chaotischeren Multilateralismus ist eine besondere Herausforderung, die neue Ansätze, innovative Formen und regionale Impulse für globale Zusammenarbeit benötigt. Sie ist angesichts sich gegenseitig verstärkender Krisendynamiken besonders dringlich.

Die Krise des Multilateralismus, angetrieben von Konflikten zwischen den USA und China, verändert bisher vor allem die Form der internationalen Kooperation und führt zu einer Zunahme transaktionaler bi- statt multilateraler Absprachen. Damit verbunden ist eine sich immer deutlicher abzeichnende Phase der De-Globalisierung, in der die Abhängigkeit von Wertschöpfung entlang komplexer globaler Lieferketten durch zunehmenden Protektionismus herausgefordert wird und an öffentlicher Akzeptanz verliert. De-Globalisierung – durch die Corona-Pandemie beschleunigt – verschiebt somit wirtschaftspolitische Strategien und Perspektiven, woraus Gewinner und Verlierer resultieren. So droht die globale Rezession infolge der Pandemie besonders die in den letzten drei Dekaden erreichte Armutsreduzierung im globalen Süden zu gefährden. Ein Beispiel: Laut Internationaler Arbeitsorganisation (ILO) könnte durch die Coronakrise die Hälfte der Menschen im arbeitsfähigen Alter ihren Zugang zu einem Einkommen verlieren. Besonders betroffen sind davon die zwei Milliarden Menschen, die ohne Arbeitsvertrag oder Sozialversicherung im informellen Sektor arbeiten und vor allem in Afrika und Südasien leben. Dies führt zu einer globalen Gerechtigkeitskrise, die sich absehbar nicht nur in zunehmender sozialer und wirtschaftlicher Ungleichheit manifestiert, sondern auch die Erreichung der Agenda 2030 der VN mit den 17 nachhaltigen Entwicklungszielen in weite Ferne rücken lässt. Die Agenda 2030, von den VN 2015 zur Aufgabe der Weltgemeinschaft erklärt, sind insofern ein guter Gerechtigkeitskompass zur Bewertung internationaler Kooperation und politischen Handelns für die Post-Corona-Welt.

Vor allem die Staaten Afrikas befinden sich angesichts der starken Import- und Exportabhängigkeit, des hohen Grades an Beschäftigung in der informellen Ökonomie und mangelnder Ressourcen für die Finanzierung von sozialer Sicherung in einer besonders schwierigen Ausgangsposition, um

auf die wirtschaftlichen und sozialen Konsequenzen der Coronakrise zu reagieren. In vielen afrikanischen Ländern macht der informelle Sektor über 80 Prozent aller Beschäftigten aus, auch weil eine strukturelle Transformation dieser Ökonomien, die einen Ausweg aus jenem informellen Sektor hätte bieten können, auf dem afrikanischen Kontinent bisher weitgehend ausgeblieben ist. Die Einkommensverluste durch die Coronakrise sind daher massiv. Folglich muss es kurzfristig um konkrete humanitäre Solidarität und Entschuldung gehen, um die schlimmsten Auswirkungen der Krise aufzufangen. Mittel- bis langfristig geht es aber auch um die Aushandlung von Entwicklungsperspektiven für einen ganzen Kontinent nach der Pandemie, der sich nicht mehr auf die multilateralen Regime und die globale Arbeitsteilung der letzten drei Dekaden verlassen können wird, von denen vor allem andere Kontinente profitierten. Dies ist Chance und Herausforderung zugleich: Für viele Länder Afrikas wird es um nicht weniger gehen als um die Ergründung von Entwicklungsperspektiven und die gleichzeitige Positionierung in einer zunehmend chaotischen Post-Corona-Welt.

Vor diesem Hintergrund bedarf es einer gemeinsamen strategischen und normativen Antwort. Die strategische Antwort beinhaltet die Ergründung von Entwicklungsperspektiven auf dem afrikanischen Kontinent, die den Aufbau von arbeitsplatzintensiven Branchen mit einer sozial-ökologischen Transformation verbindet. Die normativ-politische Antwort umfasst nicht weniger als die Verteidigung und gleichzeitige Neuaushandlung verstärkter, nachhaltiger und fairer internationaler Kooperation auf Basis eines solidari-schen globalen Post-Corona-Sozialvertrags. Hierum geht es auch VN-Generalsekretär Guterres, der sich in seiner Forderung nach einem solchen globalen Sozialvertrag explizit auf die Menschenwürde, menschliche Grundbedürfnisse und Grundfreiheiten sowie Geschlechtergerechtigkeit beruft. Es geht also mehr denn je um menschliche Verwirklichungschancen. Voraussetzung hierfür wäre eine Verbindung der Unterstützung legitimer und beteiligungsorientierter multilateraler Foren mit dem Aufbau einer nachhaltigen Wertschöpfung in denjenigen Ländern, die bisher am wenigsten von der globalen Arbeitsteilung profitieren konnten und durch die Coronakrise besondere wirtschaftliche Einbußen verkraften müssen. Die Revitalisierung der Agenda 2030 kann dabei als ambitionierter Kompass dienen. Konkrete politische Ansatzpunkte für einen solchen Sozialvertrag liegen aber angesichts der Krise des Multilateralismus derzeit vor allem auf regionaler Ebene.

DE-GLOBALISIERUNG: EIN ENTWICKLUNGSMODELL KOMMT AN SEIN ENDE

Die Corona-Pandemie bedroht Arbeitnehmer_innen auf der ganzen Welt nicht nur durch die gesundheitlichen Risiken von COVID-19. Schon jetzt ist absehbar, dass die Pandemie zu einer Diversifizierung von Lieferketten führen wird, um die Abhängigkeiten und Engpässe zu reduzieren. In vielen Industrieländern, insbesondere in Europa, wächst als Konsequenz aus der Coronakrise der Druck, die Sicherheit in den Lieferketten zu erhöhen, Abhängigkeiten zu reduzieren und

gleichzeitig nationale oder regionale Produktionskapazitäten zu erhöhen. So hat aufgrund der Pandemie die Diskussion über eine Rückverlagerung (*reshoring*) von Zulieferstandorten vor allem aus China nach Europa an Fahrt aufgenommen. Sollte es zu einem *reshoring* kommen, würde dies einen Trend der De-Globalisierung beschleunigen, der sich bereits seit der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008 durch eine Entschleunigung des Welthandels abgezeichnet hat.

Während bis auf einige Digitalunternehmen fast alle kurz- bis mittelfristig durch die Coronakrise verlieren, könnten die langfristigen Verlierer vor allem Länder und Arbeitnehmer_innen im globalen Süden sein, die entweder vom Export verarbeiteter Produkte abhängen (v. a. in Asien) oder weitgehend vergeblich auf den Aufbau neuer Industrien am Anfang der Lieferkette gehofft hatten (v. a. in Afrika). Die Nachteile einer De-Globalisierung liegen also zum einen bei denen, die bisher besonders in diese Lieferketten eingebunden waren oder auf genau diese Einbindung gehofft hatten; zum anderen aber auch bei denen, die durch die niedrigen Lohnkosten in Billiglohnländern bisher ihre Profitmargen erhöhen konnten. Die Vorteile einer De-Globalisierung liegen hingegen bei denen, die sich auf regional gut eingebettete Märkte, den regionalen Zugang zu strategisch wichtigen Gütern und hoch qualifizierten Arbeitnehmer_innen sowie auf eine geringe Exportabhängigkeit von Arbeitsplätzen verlassen können.

Diese Verteilung von Verlusten fällt in eine Phase, in der es kaum globale Unterstützung für einen alternativen Entwicklungspfad gibt, der weniger von jenen Lieferketten bzw. internationaler Nachfrage abhängt. Der Aufbau eines solchen neuen und nachhaltigeren Entwicklungspfades bedarf globaler Absprachen und Ressourcen. Langfristig wird es in der Post-Corona-Zeit also darum gehen, auch denjenigen Staaten Zugang zu einer Entwicklungsperspektive zu sichern, die von der Lieferkettenglobalisierung bisher nicht profitieren konnten. Diese Staaten befinden sich vor allem in Afrika.

Die globalen Rahmenbedingungen für genau jenen Handel, von dem viele Entwicklungsländer bisher abhängig sind, verändern sich derart dynamisch, dass die Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD) in ihrem *World Investment Report* von einer »Transformation« globaler Produktion ausgeht. So fürchtet UNCTAD in einer Analyse globaler Handels- und Investitionsbeziehungen infolge der Coronakrise, dass sich die Nachfrage nach Exportgütern, die geplante stärkere Integration des afrikanischen Kontinents in globale Lieferketten und die dafür notwendigen Investitionen in wirtschaftliche Diversifizierung in den Ländern Afrikas langfristig drastisch verringern wird. UNCTAD argumentiert, dass im Zuge der Coronakrise das Aufeinandertreffen des Verlustes von Exporteinnahmen mit einem weiteren Rückgang von ausländischen Investitionen den Aufbau von Arbeitsplätzen in Afrika weiter erschweren wird. Für viele afrikanische Länder bedeutet diese Situation, dass sich nun eine Tür schließen könnte, auf deren Öffnung man angesichts steigender Lohnkosten in Teilen Asiens eigentlich gehofft hatte. Zwar wurde auch in Afrika antizipiert, dass sich durch die steigenden Lohnkosten in Asien ein höchstens vorübergehendes Fenster für eine nachholende Industrialisierung

öffnen könnte, dennoch wollte man diese Gelegenheit nutzen, um regionale und kontinentale Wertschöpfungsketten zu stärken, bevor Digitalisierung und Automatisierung diese Perspektive wieder zunichtemachen würde. Diese Chancen sind nun jedoch deutlich geringer.

Bereits vor der Pandemie zeichnete sich ab, dass physisches und digitales Kapital, das vor allem in der OECD-Welt, insbesondere den USA, und in China zuhause ist, langfristig immer wertvoller würde. Digitalisierung und Automatisierung ermöglichen inzwischen immer leichter die Rückverlagerung ganzer Produktionen in OECD-Länder, die vormals auf geringe Lohnkosten in Asien angewiesen waren. Die Nachfrage nach verarbeitender humaner Arbeitskraft wird daher künftig immer reduzierter. Diese Situation drohte den wirtschaftlichen Aufstieg in Ländern des globalen Südens schon vor der Coronakrise zu erschweren; angesichts der Pandemie zeichnet sich jedoch ab, dass die bisher temporären Unterbrechungen der globalen Lieferketten permanent werden könnten. Zwar wird sich die Nachfrage in einzelnen Branchen erholen, sobald die Pandemie kontrolliert ist, diese Erholung wird aber nicht alle Branchen und Regionen gleichermaßen betreffen.

Unter dem Brennglas der Coronakrise zeigt sich damit ein grundsätzliches Problem in der Debatte um Globalisierung, Lieferketten und Entwicklungsperspektiven: Die Möglichkeiten sind begrenzt und widersprüchlich. Das bisherige Modell der Lieferkettenglobalisierung war bis zum Ausbruch der Coronakrise armutsreduzierend und ungerecht, weil es in den Ländern des globalen Südens oft auf schlechten Arbeitsbedingungen und niedrigen Löhnen beruht. Verkürzt sah dieses Modell so aus, dass Menschen im globalen Süden, die mit geringer Bildung wenig mehr verkaufen konnten als ihre Arbeitskraft, Arbeitsplätze in Exportsektoren fanden, die »just in time« in globale Lieferketten eingebunden waren. Trotz geringer Löhne, oftmals schlechter Arbeitsbedingungen und mangelnder ökologischer Nachhaltigkeit bedeutete dieser, auf eine internationale Nachfrage ausgerichtete Entwicklungspfad für einige Länder, vor allem in Asien, eine Armutsreduzierung – unter anderem weil eine strukturelle Transformation der Wirtschaft politisch eingeleitet wurde, die Gewerkschaften stärker und die Arbeitsbedingungen darum besser wurden. Während in einigen Fällen auch die lokale Wertschöpfung gesteigert wurde, erfolgte die größte Wertschöpfung jedoch weiterhin in den Industrieländern als Grundlage des dortigen Wohlstands.

Die beschriebene Aufstiegsperspektive blieb jedoch einer Weltregion, Subsahara-Afrika, weitgehend verschlossen. In den letzten Jahren buhlten zwar diverse Länder, z. B. Äthiopien, durch den Aufbau von Sonderwirtschaftszonen um die Ansiedlung von Industrie und damit gleichzeitig um eine Integration in die globalen Lieferketten, doch haben sich durch den »Unterbietungswettbewerb« bei den Lohnkosten zusammen mit der vergleichsweise geringen Produktivität bisher keine nachhaltigen Entwicklungsperspektiven und kaum Anstöße für eine wirtschaftliche Transformation ergeben. Hierfür waren auch die mangelnde Infrastruktur und Korruption mitverantwortlich.

Im Zuge der Coronakrise wurde nun seitens der Afrikanischen Union (AU) dazu aufgerufen, auf dem Kontinent bessere Voraussetzungen zu schaffen, um von einer möglichen Verlagerung von Produktionsstandorten im Rahmen einer internationalen Diversifizierung der Lieferketten von Asien nach Afrika profitieren zu können. Ob der afrikanische Kontinent allerdings tatsächlich von *reshoring* profitieren kann, hängt von verschiedenen Faktoren ab: So bedarf es lokaler Investitionen, größerer industriepolitischer Freiräume, einer verbesserten Rechenschaftslegung von Regierungen gegenüber ihren Bevölkerungen und neuer Nachhaltigkeitsimpulse. Eine solche Produktionsverlagerung nach Afrika wäre zudem höchstens ein Arrangement auf Zeit und müsste wirtschafts- und sozialpolitisch sowie regional eingebettet werden, da Digitalisierung und Automatisierung auch durch die Coronakrise und *reshoring* nicht aufzuhalten sind, sodass die Arbeitsplätze in globalen Lieferketten langfristig tendenziell abnehmen werden. Ein *reshoring* nach Afrika könnte also höchstens kurzfristig positive Effekte erzielen, die nur dann längerfristige Wirkung entfalten werden, wenn sie in eine verbesserte regionale Wertschöpfung im Zusammenspiel aus regional eingebetteter industrieller Produktion mit einem zunehmenden Anteil von Dienstleistungen überführt werden. Der langfristige Fokus sollte mit Blick auf ein global immer schwierigeres wirtschaftliches Umfeld auf einer solchen regionalen Wertschöpfung liegen.

Vor diesem Hintergrund wurde auf dem Kontinent in jüngster Zeit auf die Alternative einer regionalen Marktintegration gesetzt, die mit der 2018 gegründeten African Continental Free Trade Area (AfCFTA) konkreter verfolgt wird. Hierdurch sollen die Außenabhängigkeit des Kontinents reduziert und verstärkt Wertschöpfungsketten innerhalb Afrikas aufgebaut werden. Obwohl das Projekt sich dynamischer entwickelt als von manchen Beobachter_innen erwartet, stehen weiterhin Hürden im Weg: Innerhalb Afrikas wird der Unterbietungswettbewerb bei den Lohnkosten durch konkurrierende Sonderwirtschaftszonen fortgeführt, statt sich auf ein kooperatives und arbeitnehmerfreundliches Vorgehen zu verständigen, das die Kaufkraft regional stärkt. Zudem könnte sich die Pandemie auch für den Aufbau von AfCFTA kontraproduktiv auswirken, da vielen afrikanischen Staaten eine starke Neuverschuldung droht, in deren Folge die Motivation, die substanziellen Zolleinnahmen zugunsten eines Binnenmarktes aufzugeben, eher sinken dürfte. Eine nachhaltige wirtschaftliche Transformation auf Basis regionaler Marktintegration ist also eher perspektivisch vielversprechend. Zudem wird es ohne Export- bzw. weitere ausländische Einnahmen vorerst schwierig werden, eine solche aufwendige Marktintegration zu finanzieren, diese ökologisch nachhaltig zu gestalten und gleichzeitig in den sozialen Schutz einer durch die Coronakrise besonders betroffenen Bevölkerung zu investieren.

MULTILATERALISMUS: NEUE ALLIANZEN IN DER KRISE?

Angesichts der Dimension der Herausforderung, neue Entwicklungspfade für die Post-Corona-Zeit zu finden, wäre für eine nachhaltige und strategische Einbettung des afrikanischen

Kontinents eine breite und multilaterale Diskussion sowie eine strategische Zusammenarbeit mit verschiedenen Akteuren notwendig. Dabei geht es um eine ehrliche Suche nach Wegen und Ressourcen, wie eine sozialökologische Transformation auf dem Kontinent gelingen könnte, für den sowohl eine Regionalisierung von Handelsräumen als auch eine faire Beteiligung an diversifizierten globalen Lieferketten und internationale Finanzierungsangebote für deren Aufbau entscheidend bleiben.

Die COVID-19-Pandemie verlangt nach verlässlicher internationaler Kooperation. Darüber hinaus bedarf es jedoch auch globaler Anstrengungen zur Bewältigung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Konsequenzen. Die Problematik besteht darin, dass genau im Moment der Coronakrise die Schwäche des aktuellen multilateralen Systems deutlich wird, das für diese Verlässlichkeit und Anstrengung nötig wäre. Transpazifische Konkurrenzkämpfe zwischen den USA und China werden verstärkt innerhalb multilateraler Institutionen ausgetragen und statt angesichts der lebensbedrohlichen Lage in der Coronakrise gemeinsam nach Lösungen zu suchen, droht sich die geopolitische Konkurrenz um Handelsrouten und Einflussphären in einen zunehmenden Systemwettbewerb zu verwandeln, der vom Zugang zu Informationstechnologie bis hin zur Vormachtstellung in einzelnen multilateralen Organisationen reicht. Durch diesen Wettbewerb nimmt die Wucht der De-Globalisierung in der Coronakrise noch weiter zu.

Zwar sind die Staaten Afrikas schon länger mit den Schwächen internationaler Kooperation konfrontiert, haben aber durchaus einen pragmatischen Umgang damit gefunden: Konkurrierende Großmächte sind dem Kontinent nicht neu. Nach der Ausbeutung durch den Kolonialismus und den nachfolgenden Stellvertreterkriegen im Zuge des Kalten Krieges befindet sich der afrikanische Kontinent nun schon seit mindestens zwei Dekaden in jener zunehmend chaotischen und absehbar multipolaren Welt, deren Ausgestaltung durch die Coronakrise nun beschleunigt wird. Afrika geht damit auf Regierungsebene pragmatisch um. Die Hinwendung vieler Regierungen nach China, dem größten Handelspartner und Finanzier afrikanischer Infrastruktur, stellt die etablierte Kooperation mit den Staaten Europas nicht wirklich infrage. Auch das gestiegene Engagement der Türkei, Russlands und anderer Akteure wird von vielen afrikanischen Regierungen pragmatisch aufgenommen. Schwieriger ist jedoch der Umgang mit den »Clubformaten« wie den G20 oder den BRICS-Staaten, in denen durch den exklusiven Zugang Südafrikas Interessenkonflikte zwischen afrikanischen Staaten entstehen und deren Afrika-Initiativen bisher nur wenig Früchte tragen. Trotz dieses Pragmatismus gegenüber der multipolaren Staatenwelt besteht inzwischen eine klare Tendenz zu mehr innerafrikanischer Kooperation im Rahmen der AU und der klare Willen, in globalen und multilateralen Foren an Einfluss zu gewinnen sowie deren Arbeit zunehmend mitzuprägen.

Der jüngste Streit um die World Health Organization (WHO) verdeutlicht, dass der gegenwärtige Multilateralismus, der auch im globalen Süden als legitim angesehen wird, unter

Druck steht. Die Auseinandersetzungen um die WHO zeigen, welche Bedeutung dieser derzeitige Vertrauensverlust für afrikanische Regierungen hat: In Afrika wurde die Ernennung des äthiopischen Diplomaten Tedros Adhanom Ghebreyesus zum Generalsekretär der WHO als Gewinn im Ringen um die Beteiligung afrikanischer Staaten in Global-Governance-Strukturen verstanden, deren Legitimität aus Sicht der Regierungen des globalen Südens dadurch erhöht wurde. Legitimität erhielt die WHO zudem durch ihre Beratung und die erfolgreiche Bekämpfung des Ebola-Virus gemeinsam mit den davon betroffenen afrikanischen Ländern. Der öffentliche Angriff aus den USA auf Tedros und der mittlerweile erfolgte Rückzug der USA aus der WHO ist daher mehr als nur ein Angriff auf eine globale Gesundheitsbehörde. Insofern ist auch die Form und Symbolik der Kritik entscheidender als deren Inhalt: Die Corona-Pandemie verdeutlicht, dass der Multilateralismus vor allem durch seine Wirkung auf eine gerechte Verteilung öffentlicher Güter seine Legitimität erhält. So sind es die öffentlichen Güter, zu denen Menschen über Grenzen hinaus Zugang haben sollten – derzeit vor allem globale Gesundheit –, die den unmittelbaren Zusammenhang zwischen Verteilungsgerechtigkeit, kooperativer globaler Zusammenarbeit und Multilateralismus am besten verdeutlichen. Wenn der Multilateralismus diese öffentlichen Güter nicht mehr wirksam liefern kann, steht seine Legitimität in der derzeitigen Form zunehmend auf dem Spiel.

In den letzten Dekaden gewann der globale Multilateralismus in Afrika zunehmend an Legitimität – als bester Weg zu einer kooperativen und wirtschaftlich prosperierenden Koexistenz einer sich annähernden Staatenwelt, trotz weiterhin bestehender Ungleichheiten bei der Beteiligung (z. B. im Sicherheitsrat oder in den internationalen Finanzinstitutionen). Dazu beigetragen hatten unter anderem eine immer engere Zusammenarbeit zwischen den VN und der AU sowie eine Zunahme der globalen Vernetzung von Organisationen der Zivilgesellschaft. Ebenfalls dazu beigetragen hatte auch die Agenda 2030, die von einer paternalistischen Armutsbekämpfung abgerückt ist, die Probleme weitgehend im globalen Süden sah und die entwicklungspolitischen Herausforderungen erstmals konsequent im globalen Zusammenhang benennt. Viele afrikanische Regierungen entwickelten daraufhin konkrete – oftmals zu ambitionierte – Umsetzungspläne, um die Ziele der Agenda 2030 zu erreichen. Mit Blick auf die Schlagseite der exekutiv-lastigen multilateralen Zusammenarbeit bot die Agenda 2030 zudem Ansatzpunkte für eine stärkere zivilgesellschaftliche Beteiligung. Insofern zeigen sich die Stärken des Multilateralismus insbesondere dann, wenn durch eine entsprechende Programmatik und Handlungsansätze, wie die Agenda 2030, besondere Legitimität gewonnen und multilaterales Handeln glaubwürdig wird. Angesichts der COVID-19-Pandemie liegt genau darin eine zentrale Handlungsnotwendigkeit, weil die Verwirklichung der Agenda 2030 in einer zunehmend de-globalisierten Welt schwerer denn je zu erreichen sein wird.

Was ist also zu tun, um den Multilateralismus in der Post-Corona-Welt trotz der aufgezeigten krisenhaften Entwicklung zu stärken? Da der Konflikt der alten und neuen Großmäch-

te die multilateralen Foren derzeit ausbremst, wird eine Neubelebung des Multilateralismus kurz- bis mittelfristig vor allem von regionaler Kooperation bzw. Inseln der Kooperation ausgehen müssen, die multilaterales Vertrauen stärken, Handlungsfähigkeit demonstrieren, zivilgesellschaftliche Beteiligung vertiefen und die Erreichung der Agenda 2030 vorantreiben können. Ansatzpunkte dafür zeigen sich beispielsweise in neuen Allianzen »bekenntender Multilateralisten« – bestehend aus Staaten, die multilaterales Handeln stärken wollen. Solche Allianzen sind nicht nur eine Gegenreaktion auf transpazifische Konkurrenzkämpfe, sondern liegen auch in der Einsicht begründet, dass die verschiedenen G-Formate (G20, G7, BRICS) als Abkürzung zu internationaler Kooperation keine verlässlichen Ergebnisse produzieren und durch ihren beschränkten Zugang gerade für die Staaten des globalen Südens an Legitimität für weltweites Handeln verlieren.

Stattdessen sollten diese Allianzen der Multilateralisten die afrikanischen Länder stärker einbeziehen, um ebendiesen Multilateralismus zu verteidigen, und sich gleichzeitig für eine gerechtere und breitere multilaterale Beteiligung des globalen Südens einsetzen, die sich nicht nur auf Regierungen beschränkt. Vor diesem Hintergrund liefert die aktuelle Krise neue Nischen und Gelegenheiten, zeigt aber vor allem den dringenden Bedarf, internationale Kooperation neu zu gestalten und dabei soziale und wirtschaftliche Verwirklichungschancen des globalen Südens stärker zu berücksichtigen. Ein Ansatzpunkt wären hierfür beispielsweise die derzeit laufenden regionalen Aushandlungsprozesse zwischen der EU und der AU. Diese Verhandlungen könnten für die Schaffung von neuem Vertrauen in multilaterale Prozesse genutzt werden, um nicht nur auf regionaler Ebene einen Post-Corona-Sozialvertrag zu verwirklichen, sondern zugleich wichtige Anstöße für faires und solidarisches Handeln im weiteren internationalen Raum zu geben. Vor einer näheren Betrachtung dieser konkreten Ansatzmöglichkeiten lohnt jedoch ein Schritt zurück, um einen Blick auf die normativen Grundlagen eines solchen Sozialvertrages zu werfen.

DER POST-CORONA-SOZIALVERTRAG: EIN NORMATIVES GERÜST INTERNATIONALER SOLIDARITÄT

Vor dem Hintergrund der aktuellen Krise ist es Zeit für einen Post-Corona-Sozialvertrag, denn die Corona-Pandemie offenbart, dass eine schnelle Abkehr vom alten Entwicklungsmodell ohne multilateral verabredete und letztlich kompensatorische Maßnahmen zu akuten Verwerfungen im globalen Süden führt. Diese Verwerfungen treffen insbesondere diejenigen Länder, die vom alten Entwicklungspfad bisher nicht profitieren konnten – also vor allem die Staaten des afrikanischen Kontinents. Neben den Fragen nach Kosten, Nutzen und Interessen stellt sich daher auch eine normative Frage in Bezug auf die Auswirkungen einer durch COVID-19 beschleunigten De-Globalisierung und die zugespitzte Krise des Multilateralismus. Multilateralismus in der Post-Corona-Welt benötigt neue Legitimität und Vertrauen. Beides

kann nur entstehen, wenn sich ein solcher Multilateralismus mit den Folgen der De-Globalisierung auseinandersetzt, welche die Entwicklungsperspektiven und damit die Erreichung der Agenda 2030 akut bedroht. Da die ausgetretenen Entwicklungspfade aufgrund einer von industrialisierten Ländern verursachten Klimakrise und einer globalen Pandemie vermutlich nicht mehr wie zuvor genutzt werden können, stehen die Profiteure bisheriger globaler Produktionsverhältnisse nun in zusätzlicher und langfristiger Verantwortung. Dass De-Globalisierung Entwicklungsperspektiven gefährdet und damit Verwirklichungschancen einschränkt, ist daher nicht nur ein wirtschafts- oder entwicklungspolitisches Problem, sondern auch eine Frage der globalen Gerechtigkeit. Genau hieran setzt auch die Forderung von VN-Generalsekretär Guterres nach einem solchen Sozialvertrag an. Die Operationalisierung eines Post-Corona Sozialvertrages wird damit zur Aufgabe von internationaler Solidarität. Wenn solche Entwicklungsperspektiven fehlen, wird zudem aus einer normativen Frage letztlich auch eine Frage der politischen Stabilität in abgehängten Regionen.

Dementsprechend bedarf es mit Blick auf die Beantwortung der Frage, wie Beschäftigung gerade in Afrika entstehen kann, wenn ab jetzt zunehmend regional, national oder lokal produziert werden sollte, dringend konkreter und globaler Anstöße. Wie können afrikanische Staaten mit schwierigeren Ausgangsbedingungen Zugang zu einem erfolgversprechenden nachhaltigen Entwicklungspfad erhalten, wenn der alte an sein Ende kommt, ein neuer sich aber noch nicht global durchgesetzt hat und dessen Verhandlung im Zuge des abnehmenden Vertrauens in multilaterale Mechanismen immer komplizierter wird? Dazu gehören auch die Fragen nach multilateralen Unterstützungsmechanismen jenseits der klassischen Entwicklungsfinanzierung und nach einem breiteren Zugang zu nationalen und internationalen Ressourcen, sodass diese künftig gezielt bei denen ankommen, die darauf am meisten angewiesen sind.

Die Agenda 2030 bietet hierfür ein normativ tragfähiges und ausreichend konkretes Zielgerüst. Sie enthält klare Zielvorstellungen für einen globalen Entwicklungsweg, der Perspektiven für Entwicklungsländer schafft und Industrieländer in die Pflicht nimmt. Doch auch die Agenda 2030 ist nur eine Grundlage für die Entwicklung weitergehender Perspektiven. Sie kann nur so einflussreich sein, wie sie global, aber vor allem gesellschaftspolitisch in einzelnen Ländern und Regionen eingefordert wird. Um einen Zugang zu konkreten Entwicklungsperspektiven in sich verändernden globalen Produktionsbeziehungen zu schaffen, braucht es globale Anstrengungen, die strategische Handlungsoptionen konkretisieren – beispielsweise ob Investitionsförderung und Entwicklungsfinanzierung an bestimmte Vorgaben geknüpft und konditioniert wird oder inwieweit die konsequente Befolgung des »Nachhaltigkeitsimperativs« der Agenda 2030 – der ja gerade aus Sicht von immer mehr Bürger_innen in den Industrienationen die Nachhaltigkeit globaler Lieferketten in Frage stellt – Entwicklungsperspektiven im globalen Süden beeinflusst. Wenn aus Gründen des Klimaschutzes oder einer gewünschten reduzierten Abhängigkeit von globalen Lieferketten verstärkt regional produziert und konsumiert werden soll,

ist eine Kompensation von Entwicklungsländern unabdingbar. Ein Beispiel kann dies veranschaulichen: In Kenia sind fast zwei Millionen Menschen der unteren Einkommenskategorie vom internationalen Tourismus oder einem Arbeitsplatz in der Blumenexportindustrie abhängig. Diese Arbeitsplätze bedeuten einen Ausweg aus der ländlichen Armut, die aufgrund des Klimawandels zunimmt. Nun hängen Blumenexport und Tourismus aber davon ab, dass Menschen in Europa oder den USA nicht nur national und regional, sondern auch international verreisen und konsumieren, was jedoch wiederum dem Klima schadet. Ohne globale Umverteilung bedeutet Verzicht in Industrieländern also kurz- und mittelfristig weniger Perspektiven im globalen Süden. Ein international solidarischer Klimaschutz muss sich daher stärker mit der Ausbuchstabilisierung gerechter und ökologisch nachhaltiger Entwicklungsperspektiven und deren Konsequenzen befassen, wenn das alte Entwicklungsmodell an sein Ende kommt.

Die Diskussionen über Handlungsoptionen dürfen jedoch nicht allein von Regierungen geführt werden. Zu oft bleiben globale Diskussionen auf Ebene der Exekutive hängen, deren Legitimität in den Augen der Bevölkerung oftmals eingeschränkt ist. Für die Diskussion und politische Umsetzung einer sozial-ökologischen Transformation ist daher unter anderem die Einbindung von Gewerkschafter_innen aus dem globalen Süden essenziell, die jene Arbeitnehmer_innen vertreten, für die ein sicherer Arbeitsplatz am Anfang von regionalen und globalen Lieferketten sowie eine gerechtere Verteilung der Profite entlang dieser Lieferketten wertvoll ist und die auf die Schaffung weiterer Arbeitsplätze und mehr lokale Wertschöpfung hoffen. Ebenso wichtig ist die Beteiligung von Vertreter_innen zivilgesellschaftlicher Organisationen, die sich für Umweltschutz, zum Beispiel mithilfe der im Rahmen des Paris-Abkommens zugesagten internationalen Finanzierungsmechanismen, eine bessere Besteuerung von global agierenden Konzernen sowie für die Begrenzung irregulärer Finanzströme aus Entwicklungsländern einsetzen. Hier liegen Ressourcenpotenziale, die eine sozial-ökologische Transformation in Afrika jenseits der klassischen Entwicklungsfinanzierung antreiben könnten. Die Nutzung dieser Potenziale lenkt dann auch den Blick auf die Verantwortung von Regierungen gegenüber ihrem Land und ihren Bevölkerungen, da regierende Eliten nach wie vor häufig vom extraktiven Wirtschaften profitieren und wenig Interesse an nachhaltiger wirtschaftlicher Transformation zeigen. Innergesellschaftlicher politischer Druck auf jene Eliten muss daher steigen, damit sozial-ökologische Transformationspfade beschritten werden können. Internationale Verteilungsfragen sind daher immer auch mit Verteilungsfragen innerhalb von Staaten verknüpft.

Die Auswirkungen der De-Globalisierung und der Krise des Multilateralismus führen also zu Gerechtigkeitsfragen, die nur multilateral und mit breiter Beteiligung beantwortet werden können. Angesichts der tiefgreifenden Konsequenzen der Corona-Pandemie wird es jedoch nicht möglich sein, die notwendige internationale Debatte von innerstaatlichen Diskussionen zu entkoppeln. Vielmehr wird die Glaubwürdigkeit internationaler Kooperation nur erhalten bleiben, wenn deren positive Resultate vor Ort sichtbar und be-

greifbar werden. So kann die Agenda 2030 nur dann als »Gerechtigkeitskompass« der Staatenwelt dienen und ihre Gültigkeit behalten, wenn sie für die Menschen vor Ort konkret erfahrbar wird, weil sie Verwirklichungschancen erhöht und ihre Protagonist_innen zugleich glaubwürdig und im Zweifel auch abwählbar sind.

Fest steht, dass in einer Welt, in der multilaterale Foren immer offener angegriffen werden, aber gleichzeitig ihre Gültigkeit und Glaubwürdigkeit behalten sollen, die »De-Globalisierungsverlierer_innen« künftig stärker von internationaler Solidarität profitieren müssen. Dass dies möglich ist, kann durch konkrete und neuartige regionale wie multilaterale Projekte veranschaulicht werden. Dabei geht es einerseits um die Bekämpfung der Corona-Pandemie, andererseits aber auch um die konkrete Aushandlung der Orte einer sozial gerechten, ökologisch nachhaltigen und Ungleichheit verringernenden Wertschöpfung im Rahmen eines Post-Corona-Sozialvertrages sowie um die Beibehaltung eines multilateralen Rahmens, der Rechte und Pflichten gerecht verteilt.

AFRIKA – EUROPA – EINE REGIONALE PARTNERSCHAFT ALS INITIALMOMENT?

Die Stärkung eines solidarischen Multilateralismus auf Basis eines Post-Corona-Sozialvertrags ist mit Blick auf den derzeitigen Konflikt zwischen den USA und China auf globaler Ebene komplexer denn je geworden. Dennoch können regionale Kooperationsformate eine neue »multilaterale Avantgarde« bilden, in der die bisherigen »G-Formate« nicht durch neue regionale Clubs abgelöst werden, sondern interregionale Partnerschaften vielmehr eine Brücke zu einem solidarischeren Multilateralismus bilden. Die anstehende Neujustierung der afrikanisch-europäischen Partnerschaft im Rahmen der Post-Cotonou-Verhandlungen und das für Oktober 2020 geplante Gipfeltreffen zwischen AU und EU sind eine solche Gelegenheit, um multilaterales Vertrauen zu stärken und die Beteiligung an multilateralen Prozessen zu erweitern.

Die EU steckt mitten in der Formulierung einer neuen europäischen Afrika-Strategie und vor einer geplanten Neugestaltung der afrikanisch-europäischen Partnerschaft. In Afrika hat man den Fokus der neuen EU-Kommission, symbolisiert durch die erste Auslandsreise der EU-Kommissionschefin von der Leyen nach Äthiopien sowie das gemeinsame Treffen der EU- und AU-Kommissar_innen bei der AU begrüßt. Gleichzeitig ringt man in Afrika um den künftigen Umgang mit Europa, zum Beispiel im Rahmen der Neuaushandlung eines fairen Post-Cotonou-Abkommens sowie in Bezug auf die beschlossenen AU-Reformen. Allerdings wird die künftige Zusammenarbeit mit Europa nicht überall auf dem afrikanischen Kontinent als prioritär angesehen, vor allem aufgrund des starken chinesischen Engagements in Afrika. Es gilt also, Vertrauen zu stärken und weiter Überzeugungsarbeit zu leisten.

Zwar sind die Staaten Europas und Afrikas grundsätzlich enge Kooperationspartner, doch hängen die Agenda der Zu-

sammenarbeit und die strategische Orientierung europäischer Afrikapolitik oftmals nach wie vor im Geber-Nehmer-Denken fest oder langfristige Ziele werden für kurzfristige wirtschaftspolitische und protektionistische Ziele geopfert. Die europäische Außenpolitik gegenüber dem Kontinent ist daher häufig inkohärent. So stehen den normativen Zielen im Bereich Demokratie und Menschenrechte häufig eine kurzfristig orientierte und menschenrechtlich bedenkliche Migrationspolitik sowie eine umstrittene Handelspolitik gegenüber. Zudem werden die Beziehungen immer wieder durch alte Reflexe belastet, sodass auch in Bezug auf die Corona-Pandemie aus europäischer Sicht zunächst reflexhaft die Gefahr verstärkter Migration thematisiert wurde. Dies schadet einer gleichberechtigten und strategischen Kooperation und führt zu berechtigter Kritik aus den Zivilgesellschaften beider Kontinente.

Das Nebeneinander einzelstaatlicher Afrikapolitiken sowie einer Afrika-Strategie der Europäischen Kommission erschwert mangels Abstimmung und fehlender Kohärenz die Kooperation zusätzlich. Auf afrikanischer Seite spitzt sich dieses Problem noch weiter zu: Während die afrikanisch-europäische Partnerschaft und das AU-EU-Gipfeltreffen federführend von der AU vorbereitet werden, werden die Post-Cotonou-Verhandlungen auf afrikanischer Seite von der Organisation der Afrikanischen, Karibischen und Pazifischen Staaten (AKP-Staaten) geführt, sodass sich neben ohnehin prägenden einzelstaatlichen Interessen eine parallele Verhandlungsführung für die Neugestaltung der afrikanisch-europäischen Beziehungen ergeben hat. Trotz dieser Hindernisse bietet der durch die Krise bedingte Handlungsdruck die Chance auf eine neue gemeinsame Form der Zusammenarbeit.

Für die EU liegt Afrika in direkter Nachbarschaft – anders als für die USA oder China. Insofern hängen beide Regionen in hohem Maße von der Stabilität der jeweils anderen Region ab. Sowohl die EU als auch die AU haben sich zu Demokratie und Menschenrechten bekannt, auch wenn deren Einhaltung und Förderung oftmals keine Priorität haben. Dennoch bieten die in der *African Charter on Democracy, Elections and Governance* festgehaltenen Standards der AU eine verlässliche Orientierung innerhalb Afrikas und eine Grundlage für die Intensivierung der Beziehungen mit der EU. So können Demokratie und Menschenrechte zum Fundament der Kooperation werden.

Beide Regionen besitzen grundsätzlich das gemeinsame strategische Interesse, die Abhängigkeiten von China zu reduzieren – in Afrika nicht zuletzt aufgrund der hohen öffentlichen Verschuldung in China. Zudem wollen EU und AU die Wertschöpfung stärker regionalisieren. Von einem *reshoring* nach Afrika wird sich vor allem eine bessere Integration in internationale und regionale Lieferketten erhofft, was wiederum zur Vertiefung der direkten wirtschaftlichen Kooperation zwischen EU und Afrika führen könnte. Beeinflusst wird diese geplante Neujustierung auch durch den von der EU-Kommission 2019 offiziell benannten Systemwettbewerb mit China, das seit zwei Dekaden den Aufbau genau der Infrastruktur auf dem afrikanischen Kontinent unterstützt, die für den Aufbau von Lieferketten essenziell

ist. Ob sich die Staaten Afrikas in einer zunehmend in verschiedene Handelsblöcke unterteilten Welt für eine verstärkte Integration in europäische oder chinesische bzw. asiatische Wirtschaftsräume entscheiden, ist somit zunehmend auch eine strategische außenpolitische Frage mit Konsequenzen für die EU. Trotz zahlreicher gemeinsamer Interessen führen beide Regionen bisher keine ausreichenden Diskussionen über die Möglichkeiten einer gemeinsamen Reduzierung kollektiver strategischer Abhängigkeiten von weiter entfernten Weltregionen oder, als Konsequenz daraus, über die potenzielle Maximierung der strategischer Kooperation.

Tatsächlich braucht die Partnerschaft beider Kontinente eine programmatische Wende, deren Grundzüge bereits greifbar sind und die von zivilgesellschaftlichen und gewerkschaftlichen Akteuren unterstützt wird. Denn aus geteilten Interessen, doch eben auch aus der Perspektive internationaler Solidarität sowie dem Fundament gemeinsamer Werte sollte im Rahmen einer erneuerten Zusammenarbeit ein gerechter Übergang zu sozial und ökologisch nachhaltigen Wirtschaftsmodellen verfolgt werden, die stärker in regionalen und kontinentalen Wirtschaftsräumen verankert sind.

Neben den schon fast klassischen Ideen einer fairen Handelspartnerschaft, der Beschäftigungsförderung und dem gemeinsamen Einsatz für Frieden und Stabilität steht zudem der Klimaschutz im Interesse beider Regionen, die jeweils ein klares Bekenntnis zum Pariser Klimaabkommen abgegeben haben. Viele Staaten Afrikas sind vom Klimawandel massiv betroffen und auch in Europa steht der Klimaschutz endlich auf der politischen Agenda. Angesichts der durch die Corona-Pandemie forcierten globalen Umbrüche kommt dem Klimaschutz nun entscheidende Bedeutung zu. So macht es einen großen Unterschied, ob die zukünftige wirtschaftliche Wertschöpfung auf dem afrikanischen Kontinent von Solar- oder »schmutziger« Energie angetrieben wird, weil hierdurch energiepolitische Pfadabhängigkeiten geschaffen werden, die auch für die regionale und kontinentale Wertschöpfung maßgeblich sind. Umso lohnenswerter wäre ein intensiver Austausch mit der EU über den Transfer von Technologien und den Aufbau von Systemen erneuerbarer Energien, die bis nach Europa reichen könnten.

Der von der EU ausgerufene »Green New Deal« wird in Afrika auf besonderes Interesse stoßen, wenn er mit konkreten Angeboten ergänzt wird. Dennoch müssen diese Angebote nicht nur saubere Technologien und entsprechende Investitionen umfassen, sondern auch mit einer konkreten Entwicklungsperspektive der lokalen Wertschöpfung und Beschäftigung verbunden sein. Die aktuelle politische Initiative für ein deutsches und europäisches Lieferkettengesetz, das Unternehmen für globale Lieferketten stärker die Verantwortung nimmt und damit eine Grundlage für gute Beschäftigung verbesserten Klimaschutz und schafft, wäre solch ein Schritt in Richtung neuer Partnerschaft.

Eine mit breiter Beteiligung ausgehandelte erneuerte Partnerschaft zwischen der EU und Afrika, die angesichts der COVID-19-Pandemie sowohl kurzfristig humanitär als auch lang-

fristig strukturell gemeinsame Perspektiven schafft, kann zudem ein Initialmoment für die Stärkung eines solidarischen Multilateralismus in der Krise sein. Dies ist zweifelsohne optimistisch, aber mit 55 Mitgliedstaaten der AU und 27 EU-Mitgliedstaaten ist eine engere multilaterale Zusammenarbeit beider Kontinente mehr als eine Kooperation zweier Regionen, sondern betrifft mehr als ein Drittel der VN-Mitgliedstaaten, sieben der 15 Mitglieder des VN-Sicherheitsrats und ein Drittel aller Mitglieder der Welthandelsorganisation (WTO). Damit ein solcher Initialmoment Dynamik entfaltet, muss jedoch die Kohärenz der zukünftigen EU-Afrika-Partnerschaft zu eben jenem multilateralen Rahmen gestärkt werden. So wäre eine Zusammenarbeit nur dann multilateral kohärent, wenn sie sich explizit an den Zielen der Agenda 2030 orientiert und diese unter anderem zum Maßstab für Handelsvereinbarungen und Abkommen zur internationalen Migration macht, anstatt neue oder separate Ziele zu definieren.

Zudem müssten konkrete Mechanismen zum Vertrauensaufbau entwickelt werden, die nicht auf Ebene der Exekutive hängen bleiben. Zivilgesellschaftliche und gewerkschaftliche Akteure in der EU und in Afrika fordern häufig Ähnliches, finden aber nur selten eine institutionelle und kontinentübergreifende Resonanz. Voraussetzung ist hierfür der konkrete Aufbau von Entwicklungsperspektiven für afrikanische Länder mithilfe von neuartigen und breiteren Dialogmechanismen. Reine wirtschafts- und sicherheitspolitische Interessenpolitik, die exklusiv unter den Regierungen der beiden Kontinente abgestimmt wird, reicht schon lange nicht mehr aus, um eine Kooperation zu legitimieren. Dafür braucht es auch entsprechende Beteiligungsformate und ein an einer Operationalisierung eines gerechteren globalen Sozialvertrages orientiertes politisches Handeln.

Die EU ist bereits länger ein Adressat für verschiedene zivilgesellschaftliche Akteure auch auf dem afrikanischen Kontinent, weil eine engere und faire Zusammenarbeit eben nicht nur wirtschaftliche Perspektiven, sondern auch sozialen und ökologischen Schutz bieten könnte, sofern diese Zusammenarbeit künftig anders gestaltet und legitimiert würde. Eine Neugestaltung der europäisch-afrikanischen Beziehungen kann daher nur gelingen, wenn dabei gleichzeitig neue Rechenschaftsmechanismen gegenüber den jeweiligen Zivilgesellschaften eingebaut werden. So liegen zum Beispiel konkrete Konzepte von internationalen und afrikanischen Gewerkschaften vor, um nachhaltiges und klimafreundliches Wirtschaften auf dem Weg zu einem gerechten Übergang zu ermöglichen und ILO-Kernarbeitsnormen in Handelsabkommen zu verankern. Konkrete Konzepte internationaler Netzwerke zur Bekämpfung von Steuerschlupflöchern sowie für weitere Handlungsfelder, in denen beide Kontinente von multilateralen Absprachen profitieren können, liegen vor. Die zukünftigen Entwicklungspfade würden hierdurch gerechter.

Die europäisch-afrikanische Zusammenarbeit auf ein neues Fundament zu stellen, ist ein langer, aber lohnenswerter Weg. Dabei geht es letztlich nicht nur um Partnerschaft – der Begriff hat sich abgenutzt –, sondern auch um gerechte Beteiligung an Entscheidungen, die für einen revitalisierten Multilateralismus und eine sozialökologische Transformation

in der Post-Corona-Welt wichtig sind. So ausgerichtet kann durch die Kooperation zwischen Afrika und Europa Unterstützung für einen globalen Post-Corona-Sozialvertrag geschaffen werden, der die Agenda 2030 als universelle Absichtserklärung der Staatenwelt aufgreift und internationalem Handeln für die Post-Corona-Welt Orientierung gibt.

ÜBER DIE AUTOREN

Henrik Maihack leitet das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) in Kenia. Zuvor leitete er die FES-Projekte im Südsudan, in Ruanda und in Bangladesch. Er ist Politikwissenschaftler.

Dr. Manfred Öhm leitet seit 2013 das Referat Subsahara-Afrika der Friedrich-Ebert-Stiftung. Promotion an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg. Forschung und Lehre zu Frieden und Sicherheit und Demokratieentwicklung in Afrika. Er ist Politikwissenschaftler.

IMPRESSUM

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Afrika
Hiroshimastr. 17 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:

Dr. Manfred Öhm | Leiter des Referats Afrika
Tel.: +49-30-269-35-7440 | Fax: +49-30-269-35-9217

<https://www.fes.de/referat-afrika/>

Bestellungen / Kontakt

Konstanze.Lipfert@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

ZEIT FÜR EINEN POST-CORONA-SOZIALVERTRAG!



Die durch die Coronakrise beschleunigte Krise des Multilateralismus und eine sich inzwischen deutlicher abzeichnende Phase der De-Globalisierung verschieben wirtschaftspolitische Strategien und Entwicklungsperspektiven. Hierdurch rückt die Erreichung der Agenda 2030 der VN mit den 17 nachhaltigen Entwicklungszielen in weite Ferne. Besonders weit von der Erreichung jener Ziele entfernt sind viele Länder auf dem afrikanischen Kontinent.



Die strategische Antwort auf diese Dynamiken beinhaltet die Ergründung neuer Entwicklungspfade auf dem afrikanischen Kontinent, die den Aufbau von regionalen Wertschöpfungsketten mit einer sozial-ökologischen Transformation verbinden. Die normativ-politische Antwort umfasst nicht weniger als die Verteidigung und gleichzeitige Neuaushandlung verstärkter, nachhaltiger und fairer internationaler Kooperation auf Basis eines solidarischen globalen Post-Corona-Sozialvertrags.

Ein Ansatzpunkt für die Operationalisierung eines Post-Corona-Sozialvertrags wären die derzeit laufenden regionalen Aushandlungsprozesse zwischen der EU und der AU. Eine neu definierte Partnerschaft zwischen der EU und Afrika, die angesichts der COVID-19-Pandemie sowohl kurzfristig humanitär als auch langfristig strukturell gemeinsame Perspektiven schafft, kann ein Initialmoment für die Stärkung eines solidarischen Multilateralismus in der Krise sein.



Die europäisch-afrikanische Zusammenarbeit auf ein neues Fundament zu stellen, ist daher ein langer, aber lohnenswerter Weg. Dabei geht es letztlich nicht nur um Partnerschaft – der Begriff hat sich abgenutzt –, sondern auch um gerechte Beteiligung an Entscheidungen, die für einen revitalisierten Multilateralismus und eine sozial-ökologische Transformation in der Post-Corona-Welt wichtig sind. Hierfür ist die Einbindung von Gewerkschafter_innen und Zivilgesellschaft aus Afrika entscheidend.

Weitere Informationen zum Thema erhalten Sie hier:
<https://www.fes.de/referat-afrika/>